

Palmsonntag.

Glockenläuten! Liebeschallen! Jubelklänge nah und fern! Frohbewegte Menschen wollen früh am Tag zum Haus des Herrn.

Liederschallen! Glockenklänge! Sanftes Säusen in der Luft! Morgenglanz und Lerchensänge Ueber junger Weiden Düst!

Hosianna! ... Preis und Ehre Dem, der naht in stiller Pracht, Dem Gewaltigen ohne Heere, Der die Welt sich dienstbar macht.

Hosianna! ... Lauter wegen Lieb und Jubel durchs Gefild: Der Gesalbte kommt gezogen, Seht, sein Auge leuchtet mild.

Deutscher Reichstag.

14te Sitzung vom 31. März.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Delbrück, v. Friesen, Dr. Kirchpaul, Hofmann, v. Liebe, v. Pfretschner und Andere.

Die Deputation wird durch das Loos gewählt und besteht aus folgenden Mitgliedern: Dr. Marquard-Barth, Dr. Köchly, Stavenhagen, v. Patow, v. Kufferow, Kiersner, v. Treslow, Dr. Gneist, Schröder (Beuthen), Heidenreich, Dunder, Dr. Endemann, Herrlein, Dr. Selig, Graf Stolberg-Wernigerode, Graf Strachwitz, Schenk, Graf zu Solms-Laubach, Tenzer, Dr. Pfeiffer, v. Simson-Georgenburg, Großmann (Kön), Overweg, Genast, Hier, Graf v. Seneheim-Grünbach, v. Kirchmann, v. Lindenau, v. Busse und Kiefer.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Einführung der norddeutschen Bundesgesetzgebung in Bayern. Abg. Dr. Hölder erkennt es dankenswerth an, daß die bayerische Regierung selbst die Initiative ergriffen habe, um eine Reihe von Bundesgesetzen in Bayern einzuführen.

Abg. Dr. Bamberger (Baden) protestirt gegen den Ausdruck „orthodoxe Gleichmacherei“ und vertheidigt die baldige Herstellung eines einheitlichen Civil- und Criminalrechts.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Schulze wird die Discussion geschlossen, die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission wird abgelehnt, die zweite Lesung findet somit im Plenum statt.

Auf Antrag des Abg. Dr. Frösch wird der von ihm gestellte Antrag wegen der Hausgewerbesteuer von der Tagesordnung abgesetzt und schließt damit die Sitzung um 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Erste und zweite Lesung des Nachtrags zum Etat für 1871 und zweite Lesung der Deutschen Reichsverfassung.

Berlin, 31. März. (Vom Reichstage.) Die Delegirten aller Fraktionen — mit Ausnahme natürlich der Clerikalen — traten heute vor der Plenar-Sitzung zu einer Besprechung, resp. Festsetzung der Form zusammen, in welcher der Reichstag die Reichensperger'schen Anträge zur Verfassung — Aufnahme der Grundrechte etc. — abzulehnen hat.

sich nicht leiten lassen von einer orthodoxen Gleichmacherei. Es würde darin ein sehr großer Eingriff in unsere Rechtsverhältnisse liegen. In Bayern hat sich das Bedürfnis der Einführung von Genossenschaften mit beschränkter Haftbarkeit herausgestellt, und was das Gesetz über die vertragsmäßigen Renten anlangt, so ist diese Frage in Bayern durch ein Gesetz geregelt, welches in mehrfacher Beziehung weiter geht als das norddeutsche, und Bayern würde mit der Einführung dieses Gesetzes einen Rückschritt machen, was Sie gewiß nicht wollen.

Abg. Laster ist angenehm überrascht durch den Umstand, daß zu den einzuführenden Bundesgesetzen so gut wie keine Abänderung vorgeschlagen ist. Er weist alsdann den Vorwurf zurück, als ob ein Theil des Hauses aus Liebe zur formellen Gleichmacherei die besseren Gesetze einzelner Staaten beseitigen wolle. Zu den großen Vortheilen des Bundesstaats zähle er eben den Umstand, daß die Vorzüge der einzelnen Staaten dem Ganzen zu Theil werden, er beuge die Hoffnung, daß Alles, was der einzelne Staat früher für seine Abschnitte gewirkt habe, nunmehr dem großen Ganzen zu Gute kommen werde.

Bundescommissar württemb. Staatsminister von Mittnacht: Für Württemberg kommen nur noch in Betracht die Gesetze über die Kindererbschaft, die Gewerbe-Ordnung und betreffend den Unterstützungs-Behuf. Hinsichtlich des ersten Gesetzes sind die nothwendigen Verhandlungen eingeleitet, und was die beiden andern Gesetze anlangt, so ist der württembergische Ressort-Minister und ich der Ansicht, daß Württemberg beide Gesetze als Ganzes annehmen muß. (Beifall.) Wegen der etwa nothwendigen Abänderungen behufs der Einführung werden wir eine Vorlage in der nächsten Session des Reichstages veranlassen. (Beifall.)

Abg. Baron v. Stauffenberg constatirt mit Befriedigung aus den Erklärungen der Bundescommissare, daß die Einheit der Reichsgesetzgebung nicht mehr lange auf sich warten lassen werde, und fragt bezüglich des Pensiongesetzes für schleswig-holstein'sche Militärpersonen, ob diesen Personen, wie es im Bundesgesetze bestimmt ist, die Pensionen auch in Bayern vom 1. Juli 1867 an nachgezahlt werden.

Bundesbayerischer Staatsminister v. Pfretschner: Ich glaube, die Frage kann ich in dem Sinne beantworten, wie der Fragesteller sie gemeint hat. Nach den angestellten Erhebungen ist die Zahl der Personen in Bayern, welche auf solche Pensionen Anspruch zu machen haben, verhältnißmäßig klein. Im Nordd. Bunde sah man die Befriedigung der ehemals schleswig-holstein'schen Soldaten als eine Ehrenschuld an, und von diesem Standpunkte aus wurde die Einführung dieses Gesetzes in Bayern sofort bestimmt, und hier erscheint das warme Gefühl Süddeutschlands für ganz Deutschland. (Beifl.)

Abg. Dr. Bamberger (Baden) protestirt gegen den Ausdruck „orthodoxe Gleichmacherei“ und vertheidigt die baldige Herstellung eines einheitlichen Civil- und Criminalrechts.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Schulze wird die Discussion geschlossen, die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission wird abgelehnt, die zweite Lesung findet somit im Plenum statt.

Auf Antrag des Abg. Dr. Frösch wird der von ihm gestellte Antrag wegen der Hausgewerbesteuer von der Tagesordnung abgesetzt und schließt damit die Sitzung um 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Erste und zweite Lesung des Nachtrags zum Etat für 1871 und zweite Lesung der Deutschen Reichsverfassung.

Berlin, 31. März. (Vom Reichstage.) Die Delegirten aller Fraktionen — mit Ausnahme natürlich der Clerikalen — traten heute vor der Plenar-Sitzung zu einer Besprechung, resp. Festsetzung der Form zusammen, in welcher der Reichstag die Reichensperger'schen Anträge zur Verfassung — Aufnahme der Grundrechte etc. — abzulehnen hat.

Universität Leipzig ausgesprochen, daß die Kramerinnung zu Leipzig nicht zu den Handels-Corporationen gehöre, welche nach §. 104 der Gewerbe-Ordnung den Vorschriften des Tit. VI der letzteren nicht unterliegen sollen.

Heute ist der Termin, an dem man die Einlösung der rumänischen Eisenbahn-Coupons erwartet. Die Hoffnung scheint indessen getäuscht worden zu sein, wenigstens hatten einige hiesige Rechtsanwälte Auftrag erhalten, Coupons zu protestiren. Ein solcher Protest hat natürlich nicht die Rechtsfolgen eines Wechselprotestes, er constatirt vielmehr nur in bestimmter amtlicher Weise die Nichtzahlung.

In der heutigen Sitzung des Magistrats verabschiedete sich der Kammerer Hagen, der bekanntlich zum Director der Norddeutschen Bank gewählt worden ist und dieses Amt angenommen hat. Der Oberbürgermeister Seydel richtete an den Scheidenden einige Worte warmen Dankes für seine langjährige Thätigkeit, die namentlich in den schwierigsten Zeiten eine sehr bewährte gewesen sei. Zum provisorischen Stellvertreter des Kammerers ist der Stadtrath Kunge bestimmt. Viele Meldungen für diese Stelle sind bereits eingegangen, und man soll sich in einigen Kreisen sehr für die Wahl des Assessor a. D. Eugen Richter interessieren.

Das Fest, welches die Stadt Berlin dem Reichstage zu geben beabsichtigt, wird nunmehr bestimmt am 17. April stattfinden.

Die Commission der städtischen Behörden zur Vorbereitung der Einzugsfestlichkeiten hat sich in sieben Untercommissionen getheilt, von denen jede einen bestimmten Theil der Feierlichkeiten vorzubereiten und zu ordnen hat.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

So sehr der gegenwärtigen französischen Regierung der Boden unter den Füßen schwankt, hat man sich doch von deutscher Seite entschlossen, ihr so weit als möglich die Zugeständnisse zu machen, welche ihr Fortbestehen sichern können. Die „Times“ vom 30. meldet telegraphisch: „Es wurde zwischen der deutschen und französischen Regierung eine neue Convention abgeschlossen, wonach die Auslieferung der Kriegsgefangenen weiter vor sich geht. Der General-Gouverneur v. Fabrice gestattete ferner unter Vorbehalt der Bestätigung von Berlin die Erhöhung der Garnison von Paris auf 80,000 Mann, obgleich die Friedenspräliminarien nur 40,000 Mann zugelassen. Durch diese Modification wird die Verfallene Regierung in den Stand gesetzt, genügende Streitkräfte zusammenzusetzen, um den Insurgenten begegnen zu können.“

Es ist voranzuziehen, daß die Verfallene Regierung, welche schon in Betreff der Truppenstärke in Paris zu einer Aenderung der Friedenspräliminarien die Initiative ergriffen mußte, auch die am 1. April fällige Rate der Kriegsschuldung nicht zahlen kann. Wenn Herr Thiers selbst die striete Ausführung der Friedenspräliminarien für unmöglich erklärt, so wird er natürlich sich auch Aenderungen aufzulegen lassen müssen, welche den deutschen Interessen diejenigen verstärkten Bürgschaften geben, die gegenüber den gegenwärtigen anarchischen Zuständen in Frankreich unerlässlich sind. Uebrigens bestätigt es sich, daß die Auslieferung der Kriegsgefangenen ihren Fortgang nimmt.

Die englische Presse, die so eben noch die deutschen Truppen mit ungerechten Vorwürfen überhäufte, ruft jetzt ihren Bestand an, um der schrecklichen Unordnung ein Ende zu machen. Wir werden uns denn doch sehr besinnen, uns in französische Angelegenheiten einzumischen. Wir haben nur darauf zu sehen, daß die Friedensbedingungen eingehalten werden. Dies ist freilich bereits unterlassen. Die erste Rate von 500 Millionen ist noch nicht bezahlt. Wir hatten den Aufschub bis zum 27. genehmigt und werden wohl noch weiter uns gedulden müssen. Aber zuletzt werden wir nicht umhin können, unsere Rechte zu schützen. Die Eröffnung der Friedensverhandlungen in Brüssel ist durch die Revolution in Paris nicht verhindert worden, aber natürlich sind die Unterhandlungen unter den gegenwärtigen Umständen ins Stocken geraten. Auch kehrt die Landwehr noch fortwährend nach Deutschland zurück, indem werden die Reserven festgehalten und für eventuelles Einkreisen sind Vorkehrungen getroffen. Das Einschreiten wird nur in deutschem Interesse geschehen.

Die neue Regierung in Paris hat sich bekanntlich den Titel „Commune“, jenen aus der 1793er Epoche herrührenden Namen, der von den Socialisten von heutzutage schon lange zum Stichwort genommen war, beigelegt. Gar mancher Zeitungsläser dürfte sich aber schon wiederholt gefragt haben, was unter dieser „Commune“ wohl zu verstehen sei? Der Sache nach ist die „Commune“ eine Versammlung von 90 Weislichen, die in den zwanzig Arrondissements von Paris so gewählt wurden, daß jedes Arrondissement einen besonderen Wahlbezirk bildet, auf welchen je nach seiner Bevölkerungsgröße 2, 3, 4, 5 bis 7 Abgeordnete entsenden. Diese 90 Erwählten des Pariser Volkes sollten nun nach dem ursprünglichen Gedanken den Gemeinderath von Paris bilden; aber wie die Tendenzen des Umsturzes in Paris viel weiter hinaufgehen, als auf eine selbstständige Verwaltung der Stadt Paris, so hat natürlich auch die „Commune“ ganz andere Ziele vor Augen, als die municipale Verwaltung, und sie ist viel-

leicht am zutreffendsten damit charakterisirt, wenn man sie als eine Copie des Wohlfahrtsausschusses von 1793 bezeichnet.

Der „Neuen Freien Presse“ schreibt man aus Paris: „Jedes Kind sieht voraus, über welchen Stein die Commune zuerst stolpern wird: sie hat kein Geld. Es ist auch selbst wenn sie die Besitzenden mit einer großen Steuer belegen oder einfach austrauben wollte, thatsächlich sehr wenig Metallgeld in Paris vorhanden, und die Bank hat ihre Platten und ihre Notenverträge theils in Sicherheit gebracht, theils vernichtet. Sie wird also Assignaten mit Zwangscours ausgeben; da diese aber außerhalb Paris nicht werden angenommen werden, so wird bald die Verproviantirung von Paris ohne jede neue Belagerung hocken; es wird der Hauptstadt bewiesen werden, daß sie sich denn doch nicht von der Provinz isoliren kann. Aber welche Prüfungen werden wir bis dahin durchschreiten! Und wird die Commune dann capituliren oder wird sie einen Raubzug in die von den deutschen Truppen nicht besetzten Provinzen unternehmen? 1793, die ganze Geschichte Frankreichs würde nichts Aehnliches gesehen haben, denn noch nie haben sich Paris und das Land so schroff gegenüber gestanden. Und gleichwohl, wie ist ein anderer Verlauf der Dinge denkbar?“

Der Fürstenmord, das ist die erste Parole, welche die Pariser Commune ihren Getreuen ausgiebt. In einem Artikel des amtlichen Pariser Blattes heißt es: „Man versichert uns, aber die Nachricht ist nicht officiell, daß der Herzog von Kumaie in Versailles sei. Wenn dies wahr wäre, sollte denn der Herzog auf dem Wege von Bordeaux nach Versailles seinem Bürger begegnen sein? Doch bei solchen Anlässen zeigt sich, wie tief Moral und Bürgerinn gesunken sind. In den antiken Republikan war Tyrannen-Mord Gesetz. Hier nennt eine angeblühte Moral diesen Act der Gerechtigkeit und Nothwendigkeit einen Mord. Den Verderben, die sich im Schmutz der Monarchie gefallen, den Intriguanen, welche davon leben, geißelt sich die Gruppe der sentimentalen Einfallspinsel zu. ... Die Gesellschaft hat Fürsten gegenüber nur Eine Pflicht: den Tod; sie ist nur an Eine Formalität gebunden: an die Feststellung der Identität. Die Orleans sind in Frankreich, die Bonaparte wollen zurückkommen. Die guten Bürger müssen also wachen!“ Die Schatten Marat's und Robespierre's müssen mit Befriedigung auf das heutige Paris herabsehen, wo ein „Journal officiel“ ihre politischen Grundsätze so getreulich wiedergiebt.

Der Conflict zwischen den Principien von 1789 und ihrer Nachkommenschaft, den Principien von 1792, tritt in Frankreich immer deutlicher zu Tage. In der Volksvertretung zu Versailles wurde ein Antrag bezüglich der Decentralisation getreuen Principien von 1789 eingebracht; und in der Commune zu Paris die Einführung eines Sicherheits-Ausschusses gegen die Verdächtigen beschlossen, eine Maßregel, die im Jahre 1792 den Boden Frankreichs so tief mit Blut tränkte. Die Männer in Versailles sollen sich daher auch zur Auswanderung nach Fontainebleau entschlossen haben, da ihnen die Nähe von Paris lebensfährlich zu werden anfängt, wo ein lebenswürdiger Vorschlag des lebenswürdigen Herrn Affy in Verfolg des Gesetzes über den Verdacht dahin geht, alle der Reaction verdächtigen Personen zu erschöpfen. Zwischen das, wie eine Depesche meldet, das Gesetz bereits dadurch eine Anwendung gefunden, daß man die Cassen einiger Versicherungsgesellschaften, welche Gelder der Kaiserin Eugenie besitzen sollen, mit Beschlagen belagern ließ. Gleichzeitig ist die Zahlung für Wohnungsmieten durch ein Decret bis auf Weiteres aufgeschoben, und die Hausbesitzer werden wahrscheinlich bald sämmtlich in die Fide der Verdächtigen, die man füllen muß, aufgenommen werden. Diese und ähnliche Maßregeln bilden augenscheinlich den Anfang zur Ausführung einer Proclamation der Regierung, nach welcher die gefährdete Industrie, die unterbrochene Arbeit und der gelähmte Handel wieder hergestellt werden sollen.

Ueber die traurige Lage Frankreichs schreibt die „Times“: „Die Zerrüttung Frankreichs ist jetzt vollständig. Seit der großen Schreckenszeit war sie hoffnungslos nie gewesen. Wir stehen wieder mitten im Jahre 1793, nur daß der Muth von damals fehlt. Mit den Leuten von Belleville läßt sich unmöglich Frieden machen. Sie sind unablösbar gegen Andersdenkende, wie früher die Mitglieder des Berges, und ihre sociale Gesetzgebung wird darum, daß sie in aller Form geschieht, doch nicht weniger ein Act der Räuberei sein. Andererseits hat sich die National-Versammlung als eine unfähige, takt- und muthlose Körperschaft erwiesen, und daß durch neue Wahlen eine bessere gewonnen werden könne, ist unter den gegenwärtigen Zuständen nimmer zu hoffen. Von Niemandem sind die heutigen Franzosen besser erfaßt worden als von Bismarck. Sämmtliche Elemente Frankreichs brodeln und jähren und sieden jetzt wirt durch einander in einem gewaltigen Kessel, und bevor das Feuer ausgebrannt ist, wird das unglückliche Land nimmer Gluck und Ruhe wiederfinden.“

In England ist der Ex-Kaiser Napoleon bei seiner Landung in Dover und überhaupt, wenn er sich öffentlich zeigt, gut empfangen worden. Das gegenwärtige Treiben in Frankreich ist freilich geeignet, seine Regierung im milderen Lichte erscheinen zu lassen, besonders in England, da keine Partei im Allgemeinen sehr freundlich für England war-